

gleichbar der Zugehörigkeit zu einer Familie, der „Verwandtschaft im Blute Christi“. „Diese Verwandtschaft anzuerkennen ist der erste Schritt einer ökumenischen Verständigung. Im Kontext der übernatürlichen Verwandtschaft müssen die Unterschiede der Kirchen geprüft werden. Diese Differenzen sind *Unterschiede innerhalb einer Familie*.“ Das ist wohl die denkbar weittragendste Interpretation der Taufe. Wäre sie für alle Christen verbindlich, so wären wir weiter.

Weiterkommen wollen auch die beiden Kirchen in Schottland, zumal sie beide nicht Staatskirche sind. Man hält sich bei der Abstimmung der Taufformel wie des Ritus an das Ökumenische Direktorium I des Einheitssekretariats und an die Taufstudie der Faith-and-Order-Abteilung des Britischen Kirchenrates und schlägt für die gegenseitige Anerkennung der Taufe ein gemeinsames Formular vor. Man ist also sehr genau und gewissenhaft. Man ist es

aber nicht aus Formalismus, sondern um den weiteren Weg sorgfältig zu fundamentieren. Denn das Ziel der nächsten Arbeitskonferenz im Sommer 1970 ist es, über eine gemeinsame Sakramententheologie zur Eucharistie und zur Lehre von der Kirche vorzudringen! Davon geben die beiden Anhänge Zeugnis. Sie mögen nicht der „letzte Schrei“ einer Infinaltheologie oder einer exegetischen Auflösung der Taufe sein. In Edinburgh und Glasgow gibt man sich noch unberührt von dem „Dschungelkrieg“ der Exegese, wie ihn *E. Käsemann* nennt, jedenfalls läßt man sich in dieser Hinsicht nicht auf dem Wege zur einen Kirche verirren.

Insofern verdient dieses lokal wie theologisch begrenzte Dokument hohe Beachtung, wenn es uns auch in unserer mitteleuropäischen Verwirrung fast archaisch anmutet. Aber unser Kontinent wurde ja schon einmal durch iroschottische Sendboten missioniert.

Kontroversen um die indische Liturgiereform

Das mit viel Enthusiasmus, großem Eifer und sehr guter Vorbereitung durchgeführte *Gesamtindische Seminar* in Bangalore im Mai 1969 (vgl. Herder-Korrespondenz, 23. Jhg., S. 310 ff.) brachte für die indische Kirche einen ähnlichen Wendepunkt wie das Zweite Vatikanum für die Gesamtkirche. Aber inzwischen sind die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der eingeleiteten Reformen — ebenfalls ähnlich wie nach dem Konzil — in verstärktem Maße offenkundig geworden. So stießen z. B. in jüngster Zeit besonders die Reformen im Bereich der Liturgie auf einen nicht zu übersehenden Widerstand. Hatte sich diese Gruppe energischer Gegner einer angestrebten Indisierung zunächst mit Hilfe von Leserbriefen, offenen Briefen und Diskussionen Gehör zu verschaffen versucht, so ging sie Mitte Dezember 1969 dazu über, im Rahmen einer großer angelegten Kampagne Unterschriften gegen das vatikanische Votum vom Juni 1969 für erste Anpassungen der katholischen Liturgie an die Traditionen Indiens zu sammeln.

Man warf dieser ersten Stufe der Adaptation bereits vor, sie bedeute

statt einer Indisierung eine Hinduisierung, da fast alle neuen Kultformen vom Hinduismus übernommen seien. Die Kampagne, die übrigens von zwei prominenten Laien initiiert wurde, bezog sich direkt auf die vom Präsidenten des „Consilium für die Durchführung der Liturgiekonstitution“, Kardinal *B. Gut*, ausgesprochene und vom Sekretär, *A. Bugnini C M.*, schriftlich übermittelte Approbation der ersten Anpassungen. In einem an Pater Bugnini gesandten Brief beklagten sich die Gegner darüber, daß Rom sich von der indischen nationalen Liturgiekommission habe verleiten lassen. Die Reformen seien nämlich keineswegs von Natur aus *indisch*, sondern direkt von *hinduistischen Zeremonien* abgeleitet. Praktisch als Erklärung für diese Fehleinschätzung fügte man hinzu, daß immerhin acht der zwölf Mitglieder der indischen Kommission Ausländer gewesen seien, deren Denken nicht von indischen Ideen geprägt sei und die unter keinen Umständen hätten aufgenommen werden dürfen. Die übergroße Begeisterung einzelner Pfarrer bei der Durchführung der Reformen sei sehr bedenklich, da selbst jede äußere Ähnlichkeit mit

dem Hinduismus eine Gefahr für den Glauben der Inder bedeute. Die Unterzeichner ließen keinen Zweifel daran, daß sie sich diesen neuen Direktiven keineswegs unterwerfen werden, sondern im Gegenteil alles daran setzen wollen, daß ihre Kinder den Gottesdienst ebenfalls so feiern können, wie es ihnen selbst als Christen von Christen von alters überliefert worden sei (NC News Service, 13. 12. 69)

Einen etwas eigenartigen Beitrag zur augenblicklichen Diskussion lieferte ausgerechnet die „Nationale Seeleute-Union Indiens“, deren Präsident von einem Treffen von rund 10 000 katholischen Seeleuten in Bombay zur Unterstützung der Reformen sprach, um einem früheren Treffen von Reformgegnern entsprechend zu antworten. Der Sekretär der Vereinigung, O. C. Mendes, dementierte diese Aussage und sprach von einem „düsteren Versuch“ von Seiten des Präsidenten, katholische Seeleute zu einer bestimmten Position in diesem kirchlichen Disput zu bewegen (a. a. O.).

Diese Aspekte unversöhnlicher Haltung und zweifelhafter Machtdemonstration sind leider nicht vereinzelt. Doch kann man zum Glück auch darauf hinweisen, daß Bemühungen um sachliche Auseinandersetzung und um Kompromisse ebenfalls zu verzeichnen sind. Verfolgt man noch einmal kurz die bisherige Entwicklung und die offensichtlichen Hindernisse, dann lassen sich für beide Seiten gewichtige Gründe und Argumente finden. Ebenso ist teilweise Fehlverhalten und unvorsichtiges Taktieren auf beiden Seiten, auf Seiten der Reformen und ihrer Gegner, anzutreffen.

Vorwürfe der Kritiker

Zwar gab es schon sehr lange vereinzelt Ansätze für eine Liturgiereform, doch erst nach Verabschiedung der entsprechenden Konzilsdokumente setzte die Diskussion überall im Lande ein. Erste wirkliche *Experimente* und genauere Festsetzungen tauchten aber erst im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gesamtindischen Seminars im Laufe des Jahres 1968 auf. Im November 1968 entwarfen die indischen Bischöfe in einem Hirtenbrief ihre Vorstellungen von einer Indisierung der Kirche, die zu „einer Öffnung zur indischen Welt um uns herum führen

solle, aber auch zu dem Wunsch, alle echten Werte Indiens kennen- und schätzen zu lernen, ja sie zu absorbieren, wobei nichts zurückgewiesen werden solle, das den nicht-christlichen Religionen Indiens wahr und heilig sei“. Die Kirche müsse so in das indische Leben integriert sein, daß sie nicht nur in ihren äußeren Formen, sondern auch in ihrem Denken und Fühlen, in ihren Gebeten und in ihrer Verkündigung durch und durch indisch sei.

War damit auf breiter Ebene die Richtung gewiesen, so mußte doch schon unmittelbar darauf eine allzu überstürzte und ungeplante Indisierung seitens einzelner Geistlicher gebremst werden. Man müsse unbedingt auf den Rat von *Experten* der Liturgie, der indischen Kultur und religiösen Traditionen, „besonders des Hinduismus“, warten, bevor man mit Experimenten beginnen könne. Hier erfolgte bereits eine verstärkte Hinwendung zum Hinduismus, während die Bischöfe noch von „den nicht-christlichen Religionen Indiens“ allgemein gesprochen hatten. Sicherlich war diese Mahnung, man solle nun nicht alles überstürzen und doch mehr auf die Experten hören, notwendig, doch mußten sich diese Experten später den Vorwurf machen lassen, sie seien eben selbst noch viel zu wenig Experten (bzw. Ausländer) gewesen und hätten es im übrigen versäumt, die *Bedeutung traditioneller Formen* für den heutigen Menschen zu überprüfen und sich überhaupt mit den Ansichten der breiten Massen zu beschäftigen. Die Hektik führte zu einer Mischung von guten Vorschlägen und Angriffen, von teilweise banaler Diagnose und veralteter Therapie.

Die nationale Liturgiekommission empfahl zunächst verschiedene Experimentierzentren und eine Neugestaltung der Ausbildung der Geistlichen. Fast gleichzeitig bemühten sich einzelne Bischöfe darum, die Soutane zu erhalten und allen Bestrebungen, sie durch das gelbe Gewand der indischen Sadhus zu ersetzen, den Gar aus zu machen. Kurz darauf forderten indische Geistliche die Abschaffung unindischer Titel wie „Monsignore“ und die allgemeine Einführung indischer Gewänder. Kardinal V. Gracias von Bombay warnte vor dem Einfluß fremden Denkens, verkörpert durch europäische Theologen wie Schillebeekx und Congar, die für Inder kein „Orakel“ sein sollten.

Statt dessen — so lautete ein anderer Vorschlag — müsse man endlich aufhören, in den vielen konfessionellen Schulen Indiens die Beschäftigung mit Sanskrit und indischen Denkern zu unterdrücken.

Ein Gestrüpp von Problemen

Nach diesem Vorspiel und nach dieser Vielfalt von Meinungen war damit zu rechnen, daß das Gesamtindische Seminar nur schwer eine Einheit, z. B. in den wichtigen Fragen der Liturgie, erreichen würde. Um so überraschender war das Ergebnis. Gewiß gab es lange Diskussionen, doch gelang es im Mai vorigen Jahres, Resolutionen zu verabschieden, die hoffnungsvoll für die Erreichung des gesteckten Zieles erschienen. Die Schwierigkeiten lagen ja nicht nur bei der Überwindung eines allzu starren Beharrungsvermögens, sondern auch in der Situation der katholischen Kirche Indiens, in der *drei verschiedene Riten* (römisch-katholisch, syromalabarisch und syromalankarisch) nebeneinander existieren, die wiederum auf die vierzehn offiziell in Indien gesprochenen Sprachen Rücksicht zu nehmen haben. Vielleicht gelang die Einigkeit nicht zuletzt durch das beim Seminar und den vorbereitenden Regionalseminaren vorgelebte Beispiel der von Rom gebilligten Konzelebration der Priester der verschiedenen Riten in allen drei Riten und der gemeinsam gefeierten „Experimentier“-Gottesdienste in einer „authentischen indischen Liturgie“. Diese Messen waren von zwei Priesterseminaren unter Einbeziehung hinduistischer Formen und Texte erarbeitet worden. Seither, so glaubt die katholische Kirchenzeitung von Madras, „The New Leader“ (8. 6. 69), sei der beim Seminar geprägte Slogan „All rites are allright“ nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Die *Eigenständigkeit* der drei Riten soll gewahrt bleiben, hieß es in der Resolution A—III „Liturgie und Katechese“, doch sollten sich alle Richtungen bemühen, der Liturgie einen indischen Charakter zu geben, wobei man sich vom kulturellen und religiösen Erbe Indiens inspirieren lassen solle. Die im Juni von Rom genehmigten Änderungen äußerer Formen, die sich auf Kniebeugen, Friedenskuß, Weihrauch, Kleidung usw. bezogen, nannte die Resolution ausdrücklich nur einen ersten Schritt, mit dem eine Aufnahme indischen

Ideengutes in Gebet und Gottesdienst allmählich eingeleitet werden sollten. Wie die beiden indischen Messen schon zeigten, wird es wahrscheinlich nie die indische Messe geben, sondern unbedingt eine Vielzahl von Möglichkeiten. Nach einer eingehenden Schilderung des Versuchs heißt es in „Christ in der Gegenwart“ (Nr. 3/1970) dazu: „In der Tat, es ist ein kühnes Unternehmen, nach Jahrhunderten der Erstarrung der liturgischen Feier der Messe eine neue Form zu geben, wie es nur das Privileg der ersten christlichen Jahrhunderte gewesen war.“ Wie schwer es sein wird, dieses kühne Unternehmen durchzusetzen, zeigte bereits die unmittelbar nach dem Seminar besonders in der Kirchenzeitung von Bombay, „The Examiner“, einsetzende Diskussion.

Veraltete Anpassung

Am 27. September und 4. Oktober versuchte die Zeitung in einem Leitartikel die Diskussion zusammenzufassen. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die überwältigende Mehrheit z. B. der Katholiken der Diözese Bombay die Reformen ablehnten. Dies liege zu einem Teil daran, daß man allgemein mit den indischen Zuständen nicht zufrieden sei und deshalb wenigstens die Kirche davon frei halten wolle. Hauptsächlich jedoch finde man die neuen Formen sinnlos, überholt, anstößig und fremd. Warum solle man „seinen eigenen Haushalt entfremden, um den anderen zu gefallen“? Man habe *vergangene* Formen übernommen, ohne sich über die Bedeutung und den Ursprung im klaren zu sein, ohne den Gläubigen eine Erklärung zu geben. Das tägliche Leben sei schon so verwestlicht, daß das „Neue“ heute noch weniger passe als das bisherige Katholische. Man habe die Gläubigen „überfahren“, weil man die Etappen von Studium, Experiment und Anwendung nicht eingehalten habe. Fast alle Briefe endeten in einer Ablehnung einer Gleichsetzung von Indisierung mit Übernahme hinduistischer Formen und Ideen. Sicherlich ist dies eine etwas einseitige Auswahl, obwohl der überragende Einfluß des Hinduismus auf das indische Geistesleben nicht geleugnet werden kann. Die *Abweisung* mag auch darin begründet sein, daß die Regierung unter dem Schlagwort Indisierung zunehmend auf einen Rückzug aller Missionare drängt (vgl. Herder-

Korrespondenz, 23. Jhg., S. 213 ff.), daß die radikale hinduistische Jan-Sangh-Partei sich für die Etablierung des Hinduismus als Staatsreligion einsetzt und daß schließlich von der gleichen Seite die Übernahme hinduistischer Kultformen nur als besonders raffinierter Trick bei der angeblich starken Abwerbung von Hindus zum Christentum angesehen werden könnte. Man kann nur hoffen, daß die Empfehlungen der vergangenen

Wochen bezüglich eines intensiveren Studiums des Hinduismus, einer Vertiefung in Yoga und Meditationsübungen, einer Wahlfreiheit für Lateinisch für Priesteramtskandidaten und eines ständigen Dialogs mit dem Hinduismus allmählich diese Barrieren abbauen helfen. Zunächst jedoch wird sich die Bischofskonferenz in Cochin im Januar 1970 mit den aktuellen Differenzen auseinandersetzen müssen.

wollte es bezweifeln: Es ist Nigeriens gutes Recht, Souveränität auszuüben.

Der „Lagos Daily Express“ (17. 1. 70) veröffentlichte eine Liste jener Staaten, Organisationen und Persönlichkeiten, die als Nigeriens besondere Freunde gelten. Ganz oben auf der Liste steht die Sowjetunion. Es folgen die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Kaiser *Haile Selassie* und der Generalsekretär der OAU, *Diallo Tell*. Der britische Premierminister *Wilson* und Außenminister *Stewart* fehlen ebenfalls nicht. General Gowon sagte sich bereits bei *Nasser* zu Besuch an, sicherlich auch, um sich für die Dienste der ägyptischen Piloten zu bedanken, die seine russischen MIGs und Iljuschin-Bomber gegen Biafra flogen. Nigeriens Ungnade trifft dagegen vor allem Frankreich, Portugal, Südafrika und Rhodesien.

Das Ende des nigerianischen Bürgerkrieges

Der Bürgerkrieg in Nigeria-Biafra fand nach zweieinhalbjähriger Dauer nun doch ein überraschendes Ende. General *O. Ojukwu*, der Führer des Sezessionsversuchs der früheren Ostprovinz Nigeriens, verließ am 10. Januar 1970 mit einer der letzten aus dem Kessel Biafra startenden Maschinen das Land. In der Nacht vom 13. Januar nahm General *Y. Gowon*, Chef der Militärregierung Nigeriens, die vom amtierenden Staatschef Biafras, Generalmajor *Ph. Effiong*, angebotene Kapitulation entgegen. Am 15. Januar wurde die Existenz Biafras, die mit der Sezession am 30. Mai 1967 begonnen hatte, offiziell beendet. Wer in Nigeria weiterhin von „Biafra“ spricht, soll bestraft werden. General Gowon und General *Effiong* fielen sich vor den Kameras der Fernsehteams in die Arme.

Chancen des Wiederaufbaus

Es ist kaum anzunehmen, daß nach den Jahren des Hasses, des Tötens und Mordens nun über Nacht der Frühling der Versöhnung zwischen Ibos und anderen Nigerianern plötzlich ausbreche. Die Versöhnung wird ihre Zeit brauchen. Mit Erleichterung vernimmt man die zahlreichen Bekundungen des guten Willens der nigerianischen Regierung. Eine Woche nach dem Ende Biafras meldete die Presse: „Keine Spur von Völkermord.“ Aber die Lage in den betroffenen Gebieten selbst konnte noch niemand überblicken. Die Regierung riegelte sie von ausländischen Besuchern hermetisch ab. Die Beobachter der UN beschränkten sich auf verständlichen Gründen auf allgemeine Aussagen zugunsten der Zentralregierung. Noch immer lebt der Zweifel, aber allmählich glaubt die Weltöffentlichkeit den Äußerungen uner-

warteter Großmut: Verbot jeglicher Mißhandlung der Ibo-Bevölkerung, Betreuung der Flüchtlinge durch die Armee und das Nigerianische Rote Kreuz, Amnestie für alle, die sich an die Gesetze Nigeriens halten wollen, Behandlung der Kriegsgefangenen nach allgemein anerkanntem Kriegsrecht, volle Wiedereingliederung der Ibo-Bevölkerung in die nigerianische Staatsgemeinschaft ohne Diskriminierung, großzügiger Wiederaufbau in den vom Krieg verwüsteten Gebieten. Wenn das alles verwirklicht würde, könnte daraus jedenfalls aus europäischer Sicht Versöhnung erwachsen.

General Gowon ist in der glücklichen Lage, sein Wiederaufbau- und Versöhnungsprogramm ohne unüberwindliche finanzielle Sorgen verkünden zu können. Die Kassen vieler Regierungen stehen ihm zur Verfügung. Große und kleine Mächte erklären ihm ihre Hilfsbereitschaft, internationale und nationale Organisationen breiten ihre Wiederaufbaupläne vor ihm aus. Die Bundesregierung ist eine von vielen Hilfswilligen. Sie entsendete den Leiter der Afrika-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Graf *Posadowsky-Wehner*, an der Spitze einer Delegation nach Lagos. Er hatte Hilfsangebote im Umfang von 60 Millionen DM zu überbringen. Aber hier ist eine neue Beziehung zwischen Hilfeempfänger und Helfer entstanden. Bittsteller sind nun jene, die Hilfe anbieten, und der Hilfsbedürftige ist der Gewährende. Selten hat ein junger Staat der „Dritten Welt“ seine Souveränität so demonstrativ praktiziert wie Nigerien in diesen Tagen. Das läßt sich nicht ausschließlich mit dem Hochgefühl des Siegers erklären. Sein Stolz ist in der Vergangenheit schwer getroffen worden. Aber wer

Schwerer Stand der kirchlichen Hilfe

Drei Tage lang wurden in allen Kirchen von Lagos Dankgebete für die Beendigung des Krieges verrichtet. Doch die kirchlichen Hilfswerke haben es heute schwer in Nigerien. Manche von ihnen stehen auf der schwarzen Liste von Lagos, darunter Joint Church Aid — die Vereinte Kirchenhilfe, und die Caritas. Es wird ihnen vorgeworfen, sie hätten einseitig Biafra unterstützt. An den Namen Joint Church Aid hat man sich im Laufe der letzten anderthalb Jahre gewöhnt. So lange bestand die Luftbrücke von der portugiesischen Insel Sao Tomé nach dem damaligen Biafra. Joint Church Aid würde ohne die Luftbrücke, und umgekehrt gilt das gleiche, nicht existieren. Seine Mitglieder — zuletzt waren es 33 aus 21 Nationen, Protestanten, Katholiken und Juden — fanden sich im praktischen Helfen zusammen. Sie koordinierten ihre Hilfe wie nie zuvor in der Geschichte der Kirchen, nicht einmal weil ökumenischer Geist sie unwiderstehlich dazu getrieben hätte, sondern weil die Aufgabe anders gar nicht zu lösen war.

In Biafra wurde das Leben von schätzungsweise sechs bis acht Millionen Menschen infolge einer totalen Blockade vom Hungertod bedroht. Daß diese Bedrohung wirklich bestand, beweisen die Gräber im Busch Biafras und die dezimierten Kinderjahrgänge zur Genüge. Nachträgliche